

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

136. Sitzung Mittwoch, 23. September 2015, 9:00 Uhr

TOP 1

Aktuelle Debatte Flüchtlinge in Deutschland und in Baden-Württemberg

Rede von

Guido Wolf MdL

Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Abg. Guido Wolf MdL CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich denke, diese Aktuelle Debatte ist eine ungewöhnliche. Sie ist eine ungewöhnliche Debatte mit Blick auf die Gesamtsituation, in der wir uns befinden, mit Blick auf die große politische Herausforderung, der wir alle miteinander in diesem Hause ausgesetzt sind, aber auch mit Blick darauf, dass es eine gemeinsame Aktuelle Debatte der SPD und der CDU ist. Wohl war, kein alltäglicher Vorgang!

Aber außergewöhnliche Situationen erfordern auch außergewöhnliche Antworten. Deshalb will ich zunächst dem Kollegen Schmiedel, ohne es übertreiben zu wollen und ihm dadurch noch mehr Probleme zu bereiten, ganz herzlich danken, dass er zunächst einmal – so, wie er es gerade selbst ausgedrückt hat – zu diesem ungewöhnlichen Schritt bereit war.

Lieber Herr Kollege Schmiedel, für Sie und für mich will ich beanspruchen: Es war kein politischer Gag, es war kein Schauspiel, es war und bleibt die ehrliche Absicht in dieser Situation, in der es darum geht, nicht den falschen politischen Kräften in diesem Land Vorschub zu leisten, sondern ein besonderes und überparteiliches Signal zu setzen. Das war ein gutes Signal, verehrter Kollege Schmiedel.

Nun müssen wir uns überhaupt nichts vornehmen. Aus der Tatsache heraus, dass es eine gemeinsame Aktuelle Debatte war, bleibt abzuleiten, dass wir jetzt politische Unterschiede einfach ausblenden. Ich glaube, es war nicht seine Absicht, ebenfalls ist es nicht meine Absicht.

Wenn die Menschen in dieser Situation eines nicht wollen, dann ist das Schönfärberei. Sie wollen sich ein Stück weit an dem orientieren, was Politik zum Ausdruck bringt, und sich dort in ihren Fragen und Sorgen wiederfinden. Das mag uns in der politischen Bewertung unterscheiden.

Ich wünsche mir, dass sich niemand in diesem hohen Haus – weder in den Reihen meiner Fraktion noch in den Reihen anderer Fraktionen – anmaßt, darüber zu befinden, ob einer argumentiert, indem er Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt, oder ob man ihm unterstellt, damit das falsche politische Potenzial bedienen zu wollen. Das wollen wir bitte jedem Einzelnen in der Wahrnehmung seiner Verantwortung überlassen. Auch das ist eine wichtige Botschaft in einer solchen parlamentarischen Debatte.

Herr Kollege Schmiedel, Sie haben den Begriff des Organisationsversagens als einen von mir geprägten Begriff kritisiert. Diesen Begriff habe ich lediglich zitiert. Diesen Begriff des Organisationsversagens hat ein Oberbürgermeister geprägt, nämlich ein grüner Oberbürgermeister aus Freiburg.

Jetzt will ich Ihnen ein paar Überschriften aus den Medien der vergangenen Tage vortragen.

Der SWR titelte am 16. September:

Landrat warnt vor Gewalt in der LEA und fordert rasche Hilfe.

Das „Main-Echo“ schrieb am 17. September:

Landeserstaufnahme: Falsche Ankündigungen sorgen für Unmut bei den Ehrenamtlichen.

Das „Schwäbische Tagblatt“ schreibt am gleichen Tag:

Kommunen greifen Grün-Rot scharf an: Zu spät informiert.

Die „Stuttgarter Nachrichten“ titelten gestern:

Kretschmann vertröstet die Helfer.

Daraus kann man doch ableiten, dass aktuell in der Kommunikation zwischen der Landesregierung und den Kommunen etwas schief läuft, und zwar kräftig.

Herr Ministerpräsident, ich will in dieser Debatte einfordern, dass bei all der Dimension der Herausforderung, die jede Landesregierung, die im Moment am Werke wäre, auch in besonderer Weise fordern würde, was ich gar nicht wegdiskutieren möchte – Ich finde, es stünde der Landesregierung und Ihnen, Herr Ministerpräsident, gut zu Gesicht, wenn Sie den Kommunen in dieser schwierigen Situation, in der wir die Kommunen brauchen, um die Unterbringungsfragen zu klären, ein besserer, ein fairerer Partner wären und wenn diese nicht immer nur in der Zeitung lesen müssten, was die Landesregierung in Sachen Unterbringung mit ihnen plant. Das ist keine gute Form der Zusammenarbeit.

Deswegen werden wir diese kritischen Fragen natürlich auch in Zukunft stellen. Das ist die Aufgabe der Opposition.

Herr Schmiedel, Sie haben sich kritisch mit einigen Äußerungen von mir auseinandergesetzt mit Blick darauf, dass ich gesagt habe, dass es auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber gibt, die den Wohlstand in Deutschland im Auge haben. Ich finde, das darf man in diesem Land sagen, und man muss es auch sagen dürfen. Ich habe zu keinem Zeitpunkt alle über einen Kamm geschoren. Ich argumentiere differenziert.

Ich muss meine Reden auch nicht täglich umschreiben. Ich bleibe meiner Linie treu.

Die große Herausforderung, vor der wir stehen, ist es, auf eine differenziertere Weise zu trennen. Es gibt Menschen, die in ihrer Heimat ernsthaft politisch verfolgt werden und deshalb zu uns kommen. Ich nenne beispielhaft die Syrer. Es ist doch völlig klar und Ausdruck unseres Asylrechts, dass wir diesen Menschen hier Zuflucht, Sicherheit und schnelle Integration ermöglichen müssen. Vor allem die Integration muss schneller erfolgen, als dies bisher der Fall gewesen ist. Darüber brauchen wir nicht zu streiten.

Es gibt aber auch die andere Seite der Medaille, die man auch benennen muss.

Das heißt, dass mit diesen großen Flüchtlingsströmen auch Menschen zu uns kommen, die menschlich betrachtet Gründe haben mögen, warum sie ihre Heimat verlassen. Sie machen sich aber aus Gründen und Motiven auf den Weg zu uns, die ein Asylrecht nicht begründen.

Diesen Menschen müssen wir sagen, dass sie hier mit einem schnellen Verfahren – ich fordere ein schnelleres Verfahren als bisher – rechnen müssen und dass wir sie am Ende des Verfahrens, wenn ihnen das Asylrecht nicht zuerkannt werden kann, schnellstmöglich in ihre Heimat zurückführen müssen. Auch diese Seite der Medaille gehört zu einer stimmigen Asylpolitik. Das ist eine differenziertere Argumentation, von der ich mich von Ihnen nicht abbringen lasse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will mich dem Kollegen Schmiedel ausdrücklich anschließen. Es gibt in unserem Lande viele Menschen in den Flüchtlingsorganisationen, in den Arbeitskreisen, aber auch in den Rettungsdiensten, bei der Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk, bei der Polizei usw., die jetzt mithelfen, damit wir diese Flüchtlingsströme bewältigen können, die Dienst tun, die oft über Nacht die Turnhallen herrichten, Betten aufbauen und Rahmenbedingungen schaffen, die eine Unterbringung in dieser Form ermöglichen.

Diese Menschen sind die wirklichen stillen Stars in dieser schwierigen Situation. Sie sind die Garanten dafür, dass die Stimmung in der Bevölkerung nicht kippt. Deshalb will ich mich den Worten des Kollegen Schmiedel anschließen. Ich will diesen Personen in Baden-Württemberg für ihr großes bürgerschaftliches Engagement von ganzem Herzen danken.

Ihre Aufregung zeigt Ihre Nervosität.

Ich wünsche mir, dass Sie die Kraft haben, sich auf diese Diskussion einzulassen. Sie müssen nicht alles gut finden, was ich sage. Im Zweifel würde ich etwas falsch machen, wenn Sie mich nur noch loben würden. Ich finde aber, wir müssen zu einer differenzierteren Diskussion in der Lage sein. Jedenfalls beabsichtige ich nicht, mir von Ihnen sagen zu lassen, was ich noch verkünden darf und was nicht. Auch das gehört zu einer Diskussion, die sich mit Fragen der Toleranz befasst.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung zeigt Handlungsfähigkeit.

Die Kanzlerin hat in einer Ausnahmesituation eine menschliche Entscheidung getroffen. Sie hat in der Folge weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht, die zwingend erforderlich und richtig waren, die aber ohne die vorausgegangene Entscheidung in dieser Form vielleicht gar nicht möglich gewesen wären. Ich denke etwa an die Grenzkontrollen, die jetzt angeordnet worden sind.

Die Große Koalition in Berlin ist handlungsfähig. Sie bringt jetzt ein Konzept auf den Weg, um das Verfahren deutlich zu beschleunigen. Das Ziel ist es jetzt – Sie erinnern sich sicherlich daran, dass das auch schon in dem Konzept stand, das die CDU-Landtagsfraktion bereits vor Wochen vorgelegt hat –, die Verfahren so zu beschleunigen, dass das Verfahren abgeschlossen werden kann, solange sich der Asylbewerber noch in der Erstaufnahmeeinrichtung befindet.

Erst wenn endgültig geklärt ist, ob er bleiben kann oder nicht, kann die Verteilung auf die Kommunen erfolgen, oder es muss die Rückführung aus der Erstaufnahme erfolgen. Auch das sind wir unseren Kommunen schuldig, wenn es darum geht, dieses Problem vor Ort wirklich zu bewältigen.

Ich finde die Entscheidungen der Großen Koalition und das, was jetzt auf dem Tisch liegt, die Rückkehr zum Sachleistungsprinzip, notwendig und richtig.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss auch möglich sein, dass wir eine Diskussion darüber führen, ob wir gegebenenfalls falsche Anreize in unserem Land haben, die diese Menschen motivieren, sich auf dem Weg zu uns zu machen. Das ist unsere Aufgabe. Deshalb halte ich eine Rückkehr zum Sachleistungsprinzip für den richtigen Weg und erwarte, Herr Ministerpräsident, dass auch Sie für die Landesregierung von Baden-Württemberg diesen Weg der Großen Koalition in Berlin unterstützen.

Seit Monaten plädieren wir für eine zeitnahe Aufnahme von Albanien, Montenegro und Kosovo in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Ich verstehe nicht, Herr Ministerpräsident, warum Sie bei dieser Diskussion für uns schwer greifbar wie folgt argumentieren. Einerseits sagen Sie,

assistiert von Grünen Ihrer Partei, dass das nicht der richtige Weg sein kann, dass das Symbolpolitik ist, dass Sie sich das nicht ein weiteres Mal vorstellen können. Aber andererseits lassen Sie auch wieder durchblicken: Ja, wenn die Gegenleistung stimmt, mache ich da vielleicht mit.

Sind Sie wirklich der Auffassung, dass sich eine solche Frage für parteipolitische Spielchen anbietet? Ich möchte Sie dringend auffordern, der zeitnahen Aufnahme von Albanien, Montenegro und Kosovo in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wirklich und vorbehaltlos zuzustimmen – auch im Interesse des Landes Baden-Württemberg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es wichtig, dass am Ende dieser Debatte mit Blick auf das, was sich etwa in Wertheim vor wenigen Tagen abgespielt hat, ein klares Signal steht, nämlich das klare Signal, dass Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhass in diesem Land, unserem Land Baden-Württemberg, nichts verloren haben und dass sich alle politischen Kräfte dieses Hohen Hauses gegen solche Formen von Fremdenfeindlichkeit zur Wehr setzen. Auch das muss die Botschaft des heutigen Tages sein.

Deshalb wird meine Fraktion dieser Resolution oder diesem Antrag – welche Überschrift dieses Papier auch immer trägt – im Sinne eines politischen Signals zustimmen.

Sonst ist uns aber mit Blick auf die Ausgewogenheit und Differenzierung dieser Diskussion wichtig, auch ein Signal zu setzen, dass Politik handlungsfähig ist und handlungsfähig bleibt, und deshalb führen wir in einem gesonderten Antrag ebenfalls eine Abstimmung darüber herbei: Was sind wesentliche und wichtige Schritte als Antwort auf diese große Herausforderung? – Das ist für uns die Festsetzung weiterer sicherer Herkunftsstaaten. Das ist für uns der Abbau von Fehlanreizen.

Ich will aber ausdrücklich keinen inneren Zusammenhang zwischen den beiden Erklärungen herstellen. Denn die Absage an Fremdenfeindlichkeit muss kompromisslos erfolgen. Dem stellen wir uns. Aber in gleicher Weise wünsche ich mir, dass auch Sie sich veranlasst sehen, ein Zeichen zu setzen und die Menschen davon zu überzeugen: Ja, wir haben die richtigen Antworten, um mit diesen großen Flüchtlingsströmen umzugehen. Wir wollen auch unseren Kommunen in dieser schwierigen Situation helfen. An uns soll es heute nicht liegen, in beiderlei Hinsicht wichtige Signale aus dem Landtag von Baden-Württemberg in das Land Baden-Württemberg hinaus zu senden.

Herzlichen Dank.

2. Runde

Abg. Guido Wolf MdL CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, zunächst einmal herzlichen Dank, dass Sie die von SPD und CDU beantragte Aktuelle Debatte zum Anlass genommen haben, auch selbst ans Pult zu gehen und Ihre Position darzulegen.

Um ehrlich zu sein, den Schluss Ihrer Rede fand ich am stärksten, und zwar den klaren Appell, dass alle die zu uns kommen, letztlich gefordert sind, weil es zwingend ist, sich an diese eine Rechtsordnung, nämlich an die unseres Landes, zu halten. In diesem Punkt will ich Ihnen ausdrücklich zustimmen.

Weil Sie noch beispielhaft die Religionsfreiheit genannt haben, würde ich gern ergänzen wollen, dass alle Länder, die von uns die Religionsfreiheit erwarten, unseren Christen in gleicher Weise ermöglichen sollten, in ihren Ländern als Christen leben zu können. Auch das gehört zur Toleranz und zur Religionsfreiheit über unser eigenes Land hinaus.

Herr Ministerpräsident, ich will wiederholen, um auch diese Facette deutlich zu machen, dass jede Landesregierung, die im Moment mit dieser Herausforderung konfrontiert wird, natürlich vor großen Problemen steht, und es bei keiner Landesregierung, egal in welcher Färbung und in welcher Farbkonstellation, nicht auch Holprigkeiten gäbe. Das sehen wir auch, wenn wir in andere Länder der Bundesrepublik Deutschland schauen.

Was mir an Ihren Ausführungen gleichwohl missfällt und was ich vermisse, ist dieses gerüttelt Maß an Selbstkritik. Dass zu vieles in Baden-Württemberg bei der Bewältigung der Unterbringung von Flüchtlingen nicht funktioniert, geht auf Ihr Konto, Herr Ministerpräsident. Auch darüber müssen wir sprechen.

Wir haben gesagt, wir betreiben Krisenmanagement so gut, wie wir es eben können. Das ist vielleicht das Problem.

Sie haben auch gesagt, Sie brauchten keine Brandbriefe, um gleichzeitig darauf hinzuweisen, Sie hätten einen Brandbrief an die Kanzlerin geschickt. Ich denke, Sie sollten das Verhältnis zu Brandbriefen klären.

Entweder machen Brandbriefe Sinn – dann war der an die Kanzlerin sinnvoll. Oder sie machen keinen Sinn – dann hätten Sie sich auch den an die Kanzlerin sparen können. Aber wichtiger als Brandbriefe sind Problemlösungen. Es ist natürlich völlig richtig – das diskutiert doch niemand weg –, dass auch der Bund in der Verpflichtung ist und wir noch mehr Personal im Bundesamt benötigen.

Dass viele von den jetzt bereits bewilligten Stellen noch nicht besetzt sind, ist auch richtig. Aber, meine Damen und Herren, es ist zu kurz gesprungen, die zu lange Verfahrensdauer von Asylverfahren in diesem Land immer ausschließlich mit Defiziten beim Bundesamt zu begründen. Dafür haben Sie zu viele Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung in Ihren eigenen Händen, Herr Ministerpräsident.

Es gibt Entscheidungen, die seitens der Landesregierung auf den Weg gebracht werden können. Es gibt die Möglichkeit, bei der Unterbringung zu trennen und jene, die erkennbar keine Bleibeperspektive haben, gebündelt an einem Standort unterzubringen und die Zuständigkeit auf diesen Standort auszurichten.

Herr Ministerpräsident, ich wiederhole mich. Ich verweise auf die Erfahrungen, die Anfang der 90er-Jahre bei der Einrichtung von Bezirksstellen für Asyl gemacht wurden. Ich war damals Asylrichter und traue mir deshalb ein Urteil zu. Die Bündelung von Zuständigkeiten, die kurzen Wege über den Gang, die kurzen Wege der Weitergabe von Akten und die Zusammenführung unterschiedlicher Stellen tragen zur Beschleunigung des Verfahrens bei. Deshalb fordere ich Sie auf, das in Baden-Württemberg endlich auf den Weg zu bringen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie darauf hinweisen, Zeitungsüberschriften seien nicht geeignet, Defizite der Landesregierung aufzuzeigen, dann orientieren wir uns doch einfach an den Aussagen von Kommunalpolitikern, insbesondere von Kommunalpolitikern der Grünen. OB Salomon sprach von Organisationsversagen. Er hat das deutlich benannt. Der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer hat nicht nur vor längerer Zeit in der „taz“, sondern auch heute etwas dazu gesagt. Er ist klug genug, um zu wissen, was heute passiert. Er weiß, dass heute eine Debatte im Landtag von Baden-Württemberg stattfindet. In der heutigen Ausgabe des „Mannheimer Morgens“ war zu lesen, dass er erklärt hat: *Wir haben nicht Platz für alle.*

Wir haben nicht genug Platz für alle Flüchtlinge. Und deshalb müssen wir eine klare Trennung vornehmen zwischen den Flüchtlingen vom Balkan, die gute Gründe haben, um nach Deutschland zu kommen, und den Kriegsflüchtlingen, die eben noch bessere Gründe haben.

Mit Blick auf die sicheren Herkunftsländer sagt er:

Aber nur diese Unterscheidung erlaubt es uns, für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive schnellere Asylverfahren einzuführen.

Schnellere Verfahren setzt also auch voraus, sich endlich bereitzuerklären, weitere Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären und nicht weiterhin Tauschgeschäfte und parteipolitische Spielchen zu betreiben, Herr Ministerpräsident.

Eben dieser grüne Oberbürgermeister Boris Palmer spricht sich auch für die Abkehr von Geldleistungen an Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern aus. Sie müssen also noch nicht einmal das aufgreifen, was die Opposition sagt. Gleichwohl finde ich, dass Sie gut beraten wären, in einer derart historischen Situation gelegentlich zu erkennen zu geben, dass nicht allein die Landesregierung die Weisheit mit Löffeln gefressen hat, sondern dass es auch gute Anregungen der Opposition und der Kommunen gibt. Das wäre ein Zeichen von Größe, Herr Ministerpräsident.

Ich finde, Sie sollten die Sorgen und Rückmeldungen aus den Landeserstaufnahmeeinrichtungen ernst nehmen. Gestern waren es die Sozialverbände, die die Situation in Ellwangen sorgenvoll dargestellt und Abhilfe gefordert haben. Ellwangen war für 500 bis 800 Flüchtlinge angelegt. Nach meiner Kenntnis sind wir bei etwa 4 000.

Ich finde, es ist nicht besonders vertrauenserweckend, wenn Sie, wie gestern geschehen, in der Landespressekonferenz sagen, künftig werde man überhaupt keine Obergrenzen mehr benennen. Wer soll sich denn noch auf diese Landesregierung und das Wort eines Ministerpräsidenten verlassen können, wenn er von vorne herein sagt, dass er gar nichts mehr sage, weil man dann nicht wisse, auf was man sich verlassen müsse, sodass man die Dinge treiben lassen könne?

Ich habe Ihnen beim letzten Flüchtlingsgipfel gesagt, dass Sie ein Getriebener sind. Sie sind bis zum heutigen Tag ein Getriebener. Wir brauchen aber in diesem Land keinen Ministerpräsidenten, der sich treiben lässt, sondern einen Ministerpräsidenten, der die Probleme löst.

Wir haben heute vollkommen zu Recht viel über die Rettungsdienste, über die Hauptamtlichen und über die Flüchtlingshelfer gesprochen. Übrigens ist Herr Schröder nicht das Problem. Das hat niemand gesagt. Auch wir wollen ihm herzlich für seine Arbeit danken. Ich will noch eine weitere Personen- und Berufsgruppe benennen – keine Zwischenfragen –, nämlich die Polizei.

Die Polizei leistet angesichts dieser riesengroßen Herausforderungen einen ungeheuren Beitrag dazu, dass die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft nicht noch größer werden. Unsere Polizei ist in dieser Zeit gefordert wie selten zuvor.

Deshalb möchte ich für meine Fraktion sagen: Herr Innenminister, wir unterstützen alles, was Sie zur Stärkung der Polizei planen. Wir haben mehr Menschen in unserem Land. Wir haben im Umfeld von Unterbringungseinrichtungen ganz spezifische Situation, die besondere polizeiliche Antworten erfordern. Die Polizei in Baden-Württemberg braucht angesichts dieser Herausforderungen eine Stärkung durch die Politik. Wir stehen dazu bereit, Herr Innenminister.

Herr Ministerpräsident, als es um die Gesundheitskarte ging, hatte ich zeitweise den Eindruck, dass nicht der Herr Ministerpräsident, sondern der Herr Gymnasiallehrer spricht.

Bevor Sie sich hier aufschwingen, mir erklären zu wollen, was der Unterschied ist zwischen der heutigen Situation, nämlich der Abholung von Berechtigungsscheinen, und der Gesundheitskarte, hätten Sie sich noch einmal mit der Situation befassen müssen. Wenn jemand einen Behandlungsschein abholt, dann hat der zuständige Verwaltungsbeamte keinen Ermessensspielraum im Sinne einer Sprechstunde. Wenn jemand kommt und sagt, er habe Schmerzen, ihm tue etwas weh, dann bekommt er einen Behandlungsschein, mit dem er zum Arzt geht und dort seine medizinische Versorgung bekommt.

Das ist die Wahrheit. Ich bitte Sie, präzise zu bleiben bei der Darstellung von Abläufen.

Herr Ministerpräsident, Sie überschlagen sich darin, die Bundeskanzlerin zu loben. Das finde ich großartig. Ich möchte Sie ermuntern, das auch in den anstehenden Gesprächen und Verhandlungen zu tun. Jetzt haben Sie die Gelegenheit, das zu tun, was seitens der Großen Koalition auf den Weg gebracht worden ist. Dabei will ich die Kolleginnen und Kollegen der SPD ausdrücklich mit einschließen. Jetzt haben Sie die Gelegenheit, Farbe zu bekennen und zum Ausdruck zu bringen, ob Sie bereit sind, diese Wege und diese Weichenstellungen seitens des Landes Baden-Württemberg mit zu unterstützen, oder ob Sie weiterhin zaghaft, hilflos und abwägend Gegenforderungen erhebend Politik des Landes Baden-Württemberg nach Berlin tragen.

Herr Ministerpräsident, stimmen Sie zu, dass Menschen ohne Bleibeperspektive in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben müssen? Stimmen Sie zu, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen Bargeldleistungen durch Sachleistungen ersetzt werden sollen? Stimmen Sie zu, dass bei unanfechtbar Ausreisepflichtigen die Leistungen deutlich zurückgefahren werden? Stimmen Sie zu, dass wir Mittel brauchen, um Abschiebungen auch ohne langwierige Ankündigungen durchführen zu können? Die Antwort kann nur Ja heißen. Das ist glaubwürdige Politik, Herr Ministerpräsident.